

Wien



Augarten-Streit: "Bescheid für Verbauung bedenklich"

Von Christian Mayr

- Verfassungsexperte Mayer stellt Sängerknaben-Saal in Frage.
- Kritik an Bescheid des Denkmalamts.



Neue Diskussion um Bauprojekt für Sängerknaben. Foto: apa

Wien. Eine "brisante Wende" in der Causa Augartenspitz, wie es die Bürgerinitiative gerne hätte, ist es wohl nicht. Dennoch werfen die Aussagen von Verfassungsexperten Heinz Mayer ein schiefes Licht auf die Legitimität des ohnedies höchst umstrittenen Projekts des Sängerknaben-Konzertsaaus im Wiener Augarten. Mayer stellt nämlich den Bescheid durch das Bundesdenkmalamt, der gleichsam die Basis für die weitere Baugenehmigung war, in Frage.

Im Gespräch mit der "Wiener Zeitung" bezeichnet Mayer zwei Dinge an dem Bescheid für "bedenklich": Zum einen seien als Antragsteller des Projekts die beauftragten Architekten ausgewiesen, "bei der Interessenabwägung wird allerdings mit dem öffentlichen Interesse der Sängerknaben argumentiert. Das ist außergewöhnlich", findet der Jurist.

Der viel gravierendere Mangel betreffe aber die Interessenabwägung an sich, die bei Veränderungen an Denkmälern kraft Paragraph 5 Denkmalschutzgesetz zu erfolgen habe. "Hier verlangt der Verwaltungsgerichtshof eine sehr eingehende Gegenüberstellung der öffentlichen und privaten Interessen sowie eine Abwägung. Das fehlt in dem Bescheid zur Gänze. Das ist eher hingeschludert", so Mayer. Auswirkungen hat diese Rechtsansicht jedoch keine mehr, denn der Bescheid vom März 2009 ist längst rechtskräftig – und beeinträchtigt wurde er damals nicht.

Der Kreis der Parteien mit Einspruchsrecht war freilich überschaubar, denn Anrainer waren ausgeschlossen; lediglich Bund, Sängerknaben und die Architekten seien zugelassen gewesen, heißt es im Bundesdenkmalamt. Dort wird der Bescheid verteidigt: Architekten als Einreicher gebe es bei fast jedem Projekt; und das öffentliche Erhaltungsinteresse des Spitzes sei sehr gering gewesen.

Printausgabe vom Dienstag, 13. April 2010
Online seit: Montag, 12. April 2010 17:47:21

Kommentare zum Artikel:

13.04.2010 09:23:58 **Da liegen wohl ein paar Hunde begraben!**

Und, wie Herr Hofmann schreibt, birgt das doch etwas mehr Sprengstoff, v.a. auch, dass der LH übergangene Partei ist! Sehr spannend!

Herr Frühwirth: Dr. Mayer hat auf die Bürgerinitiativen reagiert, das war keine WZ-Recherche. Sie dürfen beruhigt sein. Die dazugehörenden Informationen der Bürgerinitiativen finden Sie auf www.erlustigung.org

Login

Meistgelesen

Meistkommentiert

EINE AUSGEGRABENE HAFENANLAGE AUS DER KAISERZEIT
Blickfang: Das Wienquiz

RAUBÜBERFALL AUF JUWELIER IN OTTAKRING
Polizei bittet um Hinweise

DIE LETZTEN GEHEIMNISSE DES SÜDBAHNHOFES
Nach Bomben, Granaten, Knochen und Panzer werden nun zwei Luftschutzbunker aus dem Jahr 1942 freigelegt

NOTDIENSTE 10./11./12. APRIL 2010

Wien

AUGARTEN-STREIT: "BESCHIED FÜR VERBAUUNG BEDENKLICH"

WIENER FAHREN UND TANKEN WENIGER

POLIZIST WERDEN IST WIEDER IN

MORD IN WIEN-ALSERGRUND: TATVERDÄCHTIGER ENTHAFTET

EIN 99-JÄHRIGER IM HAWELKA
Leopold Hawelka feiert 99. Geburtstag, in seinem Kaffeehaus ist er dennoch weiterhin aktiv

UND TÄGLICH GRÜßT DIE DROGENSZENE
Hauptberuf: Drogenhändler jagen – eine Nacht lang unterwegs mit Wiens verdeckten Drogenfahndern der EGS

HÄUPL: TÜRKISCHE SCHULEN DENKBAR
Derartige Schulformen als zusätzliches Angebot

HEIßER BAUSTELLENSOMMER: AN 12.900 STELLEN WIRD GEGRABEN

WIENER KONGRESS TROTZT KRISE
Einbußen bei Firmenevents, aber mehr Kongresse – Fokus 2010 richtet sich auf Aids-Konferenz

TANKSTELLE FÜR FAHRRÄDER

Notdienste

NOTDIENSTE 10./11./12. APRIL 2010

NOTDIENSTE OSTERN 2010

12.04.2010 22:44:48 **Der Prof. Mayer...**

Jetzt wird der STANDARD-Jurist Dr. Mayer auch zum WZ Juristen...

Als nächstes kommt sicherlich der FALTER...
Dr. Günter Frühwirth

12.04.2010 20:18:06 **Hingeschludert?**

Hingeschludert ist wohl eine Bezeichnung, die gerade für Bescheide des BDA üblicherweise nicht zutrifft. Es ist bekannt für seine wohlabgewogenen und bis ins letzte Detail gewissenhaftesten ausgearbeiteten Bescheide. Wenn das BDA etwas "hinschludert", dann kann man sicher sein, dass dies besondere Gründe hat. Wenn man die Vehemenz, mit der sich höchste Politiker für das Projekt einsetzen, kennt, dann kann man sich auch etwas dazu denken. Es wird so abwegig wohl nicht sein. Und wenn der Landeshauptmann, der kraft Gesetzes Parteienstellung im Verfahren hat, im Bescheid überhaupt nicht vorkommt, dann geht das über bloße "Schluderei" schon ziemlich weit hinaus.

Es gilt die Unschuldsvermutung.

Hofmann Helmut

Kommentar senden:

Name:

Mail:

Überschrift:

Text (max.
1500 Zeichen):

Postadresse:*

Senden

* Kommentare werden nicht automatisch veröffentlicht. Bitte beachten Sie unsere [Regeln](#).

Die Redaktion behält sich vor Kommentare abzulehnen. Wenn Sie eine Veröffentlichung Ihrer Stellungnahme als Leserbrief in der Druckausgabe wünschen, dann bitten wir Sie auch um die Angabe einer nachprüfbaren Postanschrift im Feld Postadresse. Diese Adresse wird online nicht veröffentlicht.